

Der ganz große Populismus von oben

VON JOHANNES ZABEL OP

Wie reagiert ein Staat auf eine Erdölkrise? 1973 gab es unter anderem ein Fahrverbot an vier Sonntagen und ein zeitlich begrenztes Tempolimit von 100 Stundenkilometern auf Autobahnen. Ziel war die Einsparung von Erdöl. Der Benzinpreis blieb relativ hoch und förderte durch die Preissteigerung auch eine Mengenreduzierung. In einer ähnlichen Ausgangslage von Erdölknappheit reagiert die Politik in 2022 ganz anders: durch die Senkung der Mineralölsteuer verringert sich der Preis – und fördert dadurch eine Mengenausweitung durch ansteigenden Benzinverbrauch.

Ganz nach dem Motto: Jetzt kann durchgetankt werden, als ob es kein Mengenproblem geben würde. Für den Bürger wird eine Wohlstandsillusion genährt, als ob eine keine Krise geben würde und solle. Dabei ist das Wort „Krise“ im Koalitionsvertrag der Bundesregierung 41mal verwendet worden – in einer Zeit vor dem Ukraine-Krieg. Jetzt, nach der „Zeitenwende“, ist die Krise da und soll doch zugleich unmerklich sein.

Das 9-Euro-Ticket verschlimmbessert die Lage

Das 9-Euro-Ticket soll den Nahverkehr attraktiver gestalten. Dieser wird günstiger, aber auch hier ist eine Mengenausweitung zu erwarten, die die jetzigen Kapazitäten überstrapazieren dürfte. Im Hintergrund ist der Klientelismus von Koalitionsparteien ein bestimmender Faktor. Dazu passt das Gießkannenprinzip: Nicht die Bedürftigkeit steht im Vordergrund, sonst würden Pendler und Betriebe besonders berücksichtigt. Der Energieverbrauch wird letzten Endes subventioniert – Subventionen ausschließlich für den Konsum, nicht jedoch für Investition und Produktion.

Die derzeitige Politik hat weniger die volkswirtschaftliche Situation vor Augen, vielmehr das Wahlvolk – konkret die eigene Wählergruppe. Die Politik im Jahre 1973 war mutiger. Ein Winston Churchill mit einer Rede von „Blut, Schweiß und Tränen“ ist gegenwärtig in Deutschland undenkbar. Die jetzige Koalitionsregierung fährt aber in einem „erprobten“ Fahrwasser: Auf kurze Sicht fahren und nach demoskopischen Aspekten sich tastend vorfühlen. Nur ist das kein Regieren im Sinne von Führen, sondern ein Verwalten. Das ist ein „Populismus von oben“ mit Anlehnung an einen Paternalismus, der die Bürger nicht in die notwendige Verantwortung nimmt. Der Wohlstand von 1990 bis 2022 war Ausdruck einer Friedensdividende und zugleich eine Illusion von Wohlstand – denn Teile der Produktionskosten wurden externalisiert – in die Umwelt und (durch die Globalisierung) in die Welt hinein. Nun kommt die Phase der Internalisierung: Alle Kosten müssen nun selbst getragen werden. Hier helfen keine Energie-Steuersenkungen, sondern der Mut zur Wahrheit. Nur sind Wahlvolk und Kundschaft auch durch eine Rabatt-Mentalität inzwischen verwöhnt, erkennbar zum Beispiel an der sehr hohen Remittenden-Quote im Online-Handel: der Kunde trägt nicht die Kosten der Rücksendung. Auch eine Illusion von Kosten. Mut zur Einsicht ist gefragt: In der Politik wie beim Wahlvolk. Aber die Politik muss führen.



Der Autor ist Vorsitzender der Joseph-Höffner-Gesellschaft. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ.

Foto: Privat